

### **Volljährige Antragsstellende**

Name, Vorname:

Anschrift:

### **Minderjährige Antragsstellende**

Name, Vorname:

Anschrift:

### **Gesetzliche Vertreter**

Name, Vorname:

Anschrift:

## **Einwilligungserklärung**

Ich willige in die Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten im untenstehenden Umfang und für die dort genannten Zwecke durch den Verantwortlichen ein. Meine Angaben sind freiwillig.

### **1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung**

Landeshauptstadt Potsdam  
Der Oberbürgermeister  
Friedrich-Ebert-Str. 79/81  
14469 Potsdam

#### **Innerorganisatorisch für die Datenverarbeitung verantwortlich:**

Organisationseinheit:	2352
Telefon:	0331 / 289 – 1862
Fax:	0331 / 289 - 841862
E-Mail:	wohnheimorganisation@rathaus.potsdam.de

### **2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten**

Datenschutzbeauftragter der Landeshauptstadt Potsdam  
Herr J. Schulz  
Friedrich-Ebert-Str. 79/81  
14469 Potsdam

Telefon:	0331 / 289 - 1115
Fax:	0331 / 289 - 841115
E-Mail:	datenschutzbeauftragter@rathaus.potsdam.de

### 3. Datenverarbeitung

- Die Art der zu verarbeitenden personenbezogenen Daten ergibt sich aus:
- Antragsformular, Kopie Ausbildungsvertrag, Schulvertrag, Aufnahmebescheid

### 4. Zwecke der Datenverarbeitung

Die Daten werden ausschließlich für folgende Zwecke verarbeitet:

- *Gebührenbescheid an Antragstellende*

*Die personenbezogenen Daten sind für den Gebührenbescheid an Antragstellende gesetzlich vorgeschrieben.*

### 5. Automatisierte Entscheidungsfindung

Es findet

- keine automatisierte Entscheidungsfindung statt.

### 6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Die personenbezogenen Daten werden erforderlichenfalls folgenden Empfängern bzw. Kategorien von Empfängern zugänglich gemacht:

- innerhalb des Verantwortlichen:

Fachbereich Bildung, Jugend und Sport  
Arbeitsgruppe Geschäftsbuchhaltung  
Bereich Stadtkasse  
Fachbereich Recht- und Vergabemanagement  
Arbeitsgruppe IT-Service

- Dritte (außerhalb des Verantwortlichen):

- *Behörden zum Zwecke von Adressenermittlung im Rahmen der Amtshilfe*

### 7. Dauer der Speicherung

Die Speicherung der personenbezogenen Daten erfolgt für die Dauer von: 10 Jahre

### 8. Betroffenenrechte

Jede von der Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

- Jederzeitiges Widerrufsrecht in der Form der zulässigen Einwilligung (Art. 7 Abs. 3 DS-GVO)

(Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.);

- Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO);
- Gegebenenfalls Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO);
- Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Art. 16 DS-GVO);
- Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Art. 17 DS-GVO zutrifft

(Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Art. 17 Abs. 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DS-GVO.);

- Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Art. 18 Abs. 1 lit. b, c und d DS-GVO)

(Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.);

- Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Art. 21 DS-GVO).

## 9. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet wurden. Die Beschwerde ist zu richten an:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht  
Stahnsdorfer Damm 77  
14532 Kleinmachnow

Telefon:	033203 / 356 - 0
Fax:	033203 / 356 - 40
E-Mail:	poststelle@lda.brandenburg.de

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift